

Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Bund demokratischer WissenschaftlerInnen

Tagung „Geschlechter-Aufgabe gendermainstreaming: Abschaffung, Umdeutung oder Aufwertung von Frauenpolitik“, 18./19. Mai 2001 in Berlin

Thesen für das Streitgespräch:

Gender Mainstreaming - Abschaffung oder Aufwertung von Frauenpolitik

Prof. Dr. Susanne Schunter -Kleemann, Hochschule Bremen

Gender mainstreaming als neoliberales Projekt ?

Meine Überlegungen zum Gender mainstreaming gehen in zwei Richtungen:

1. Wo kommt diese Strategien her, was ist das Neue gegenüber den bisherigen gleichstellungspolitischen Ansätzen auf nationaler und internationaler Ebene. Was kann sie leisten, was nicht?

2. Zweitens möchte ich die Risiken und Tücken des "gender mainstreaming " etwas eingehender ausleuchten. Dabei möchte ich insbesondere den neoliberalen Ursprung dieses Konzepts nicht aussparen, denn GM ist von seiner Herkunft her ein in den USA entwickeltes betriebliches Führungs- und Management-Konzept, dem es primär, um Wettbewerbsvorteile durch bessere Ausnutzung der "humanen Ressourcen" des Unternehmens geht. Von Demokratie im Betrieb, geschweige Geschlechterdemokratie war bei seinen Urhebern nie die Rede.

Und es muß uns m.E. zu denken geben, daß gerade die mächtigsten Machtzentren des Kapitalismus, die von ihrer eigenen Organisationsstruktur und gesellschaftspolitischen Zielsetzung nicht gerade als die Vorhut demokratischer und sozialstaatlicher Bewegung bekannt sind, und sich darüberhinaus auch noch als geschlossene Männerbastionen darstellen, wie die Weltbank oder die EU-Kommission, wichtige Impulsgeber der europäischen "gender mainstreaming" -Debatte waren und auch heute noch sind. Bevor man/frau zur Übernahme einer neuen Konzeption schreitet, sollte man deshalb zu klären versuchen, in welchem politischen und ökonomischen Kontext die neue Strategie entstanden ist und warum bisher vertretene Konzepte der Frauenemanzipation und Chancengleichheit für überholt bzw. ergänzungsbedürftig erklärt werden.

Zugespißt: ich möchte hier die These vertreten, daß "gender mainstreaming " als Idee nicht einfach " Klasse "ist, sondern - wie es heute aussieht- ein recht doppelbödiges Konzept mit Haken und Ösen, mit Chancen und Risiken ist, das sehr unterschiedlich gelesen werden kann. Meines Erachtens stellt der Ansatz ein von Widersprüchen und widersprüchlichen Erwartungen durchzogenes gesellschaftliches Kampffeld dar. Vereinfachend könnte man sagen, "die da Oben " verfolgen mit Sicherheit andere Ziele, wenn sie "gender mainstreaming" propagieren, als "wir hier unten".Insofern gilt es vielfältige Fallen und Fußangeln zu beachten, die bei der Umsetzung des "GM" -Konzeptes auftreten können.

Angesichts der hohen Erwartungen in Bezg auf die Innovationskraft des "GM" und der vielfach vertretenen Auffassung, die neue Herangehensweise sei vor allem als ein Erfolg frauenpolitischer Aktion und Intervention zu werten, möchte ich drei Fragen diskutieren:

1. Ist "GM" - wie behauptet - Ansatz der Förderung von Geschlechterdemokratie oder ein Programm der Flankierung des Um- und Abbaus des Sozialstaats?
2. Handelt es sich beim "GM" wirklich um das Angebot einer partnerschaftlichen oder partizipativen Herangehensweise in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik bzw. der Verwaltungsmodernisierung oder geht es eher um eine Instrumentalisierung von frauenpolitischen Ressourcen und Initiativen?
3. Ist " GM " - wie behauptet ein Ansatz zur Förderung der europäischen Zivilgesellschaft oder soll die neue Chancengleichheits-Strategie ein Deckmantel für die strittige Legitimation des Projekts Europäische Integration sein?

Hierzu einige Thesen:

1. Man geht sicher nicht Fehl, den "GM"-Ansatz im Zusammenhang mit den oben genannten Bestrebungen der europäischen Kommission und der sozialdemokratisch geführten Regierungen zu verorten, in denen es darum geht, die neoliberale Ordnungspolitik fortzuführen, aber durch eine modernere, versöhnlichere und egalitäre Rhethorik zu ergänzen. Im historischen Rückblick ist unverkennbar: es hat zündendere Parolen der Frauenbefreiung gegeben, der "GM"-Begriff bringt eher eine administrativ- technokratische Perspektive auf das Problem der Geschlechtergleichheit zum Ausdruck.

2. Trotz Nutzung des Geschlechterbegriffs richtet sich "GM " nicht an beide Geschlechter, sondern es ist im Kern ein frauenspezifisches Konsensprojekt, als dessen Adressat vorrangig qualifizierte Frauen der europäischen Länder anzusehen sind. Das neue Konzept flankiert eine Reihe anderer Projekte zur Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften.

3. Bei Licht gesehen unterstellt der GM - Ansatz, die jahrzehntelangen Bemühungen zur Geschlechtergleichstellung seien fehlgelaufen, weil frau nicht die richtigen Argumente gefunden habe. Heute versucht man mehr Akzeptanz für die Frauenförderung zu gewinnen, dadurch daß eine neue Markt- und Wettbewerbsrhetorik in die politische Auseinandersetzung eingeführt wird. Frühere sozialistische/ sozialdemokratische Begründungen für die Gleichstellung der Geschlechter, die auf soziales Unrecht und Gesetzesverletzungen verwiesen, werden wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Stattdessen versucht GM den Personal- und Behördenchefs die Gleichbehandlung mit betrieblichen Vorteilen: mit Kosten-, Kreativitäts -, Effizienz und Marketingvorteilen schmackhaft zu machen.

4. Ganz ausdrücklich wird den Betrieben und Verwaltungen auch freigestellt, für welche Maßnahmen aus dem möglichen Fächer der GM-Förderpolitik sie sich entscheiden. Zu befürchten ist, daß sie sich die Felderherauspicken, die vor allem für die Imagepflege dienlich sind. Zugespitzt könnte man/frau sagen: es handelt sich um eine Spielart des autoritären Populismus - die korporatistisch ausgerichtet, jedoch im Führungsstil von oben nach unten einem autoritärem Management verpflichtet ist.

5. Konzeptionell wird mit der " GM"-Maxime geschlechterpolitischen Veränderungen in der internationalen Arena Rechnung getragen. EU und nationale Regierungen reagieren auf das Erstarken nichtstaatlicher Akteurinnen in allen europäischen Ländern einerseits, andererseits die Tatsache, daß überproportional viele Frauen - wie die im Auftrag der Kommission durchgeführte Europabarometer-Umfragen zeigen, den in der Europapolitik involvierten nationalen und supranationalen Eliten zunehmend ihre Zustimmung verweigern (vgl auch Liebert 1998, 31). Eher skeptische Einschätzungen sehen im "GM" insofern eine Form der Resonanz der europäischen Behörden auf den in vielen Ländern anwachsenden weiblichen Euro-Skeptizismus. Frauenpolitische Basisinitiativen, sogenannte Nichtregierungsorganisationen, NGOs werden nun dazu aufgerufen, sich den Herausforderungen zu stellen, die als "gemeinsame drängende Menschheitsprobleme" definiert werden: Umwelt, Arbeitslosigkeit, Frauenhandel, Menschenrechte. Mit dem "GM" schaltet die Kommission auf

einen neuen Transparenz- und Öffnungskurs um, wie ihn andere Organisationen (Weltbank, WTO) schon seit längerem verfolgen. Alle geschlechterpolitisch Interessierten werden zu einer großen Debatte eingeladen, deren Ergebnis allerdings im wesentlichen vorgezeichnet ist. Denn es geht weniger um die neuralgischen Fragen der Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, noch um die Thematisierung der Gewaltstrukturen zwischen den Geschlechtern als um die Bewältigung administrativ vorgegebener Aufgaben. Nationale und europäische Fraueninitiativen werden aufgerufen, ihr know how, ihre Professionalität und Kreativität einzubringen und dieses Gender-Wissen in Kooperation und Partnerschaft mit europäischen und nationalen Behörden in Fragen der Bildung und Beschäftigung zu mobilisieren. Es geht also um die Vereinnahmung potentiell emanzipatorischer Kräfte. Unter Beschwörung der internationalen Zivilgesellschaft werden alle Beteiligten auf einen Konsenskurs zur Bewältigung technokratischer Aufgaben eingeschworen.

6. Zentrales Problem dieses Ansatzes ist nun, daß unter Stichworten der "Partnerschaft mit lokalen Akteuren" Machtungleichgewichte und Hierarchien ausgeblendet und die mit der Währungsunion (auch geschlechterpolitisch) verschärften sozialen Verteilungskonflikte in den Hintergrund gedrängt werden. Dennoch werden viele hundert frauenpolitisch Engagierte beschäftigt und wird ihnen das Gefühl vermittelt, Einfluß auszuüben.

7.. Ein konstitutives Element neoliberaler Ideologie ist bekanntlich ihr Anti-Etatismus. Im Zentrum der Kritik stehen dabei sozialstaatliche Funktionen, die dem Dogma zufolge, den freie Entfaltung der Marktkräfte behindern. In dieses Konzept passen sehr gut NGO's und frauenpolitische Basisinitiativen, die sprachlich im neoliberalen Diskurs nicht zufällig als "private organisations" bezeichnet - als innovative Alternativen zum bürokratischen Moloch Sozialstaat erscheinen. Die den NGO's zugeschriebenen Vorteile im Vergleich zu sozialstaatlichen Bürokratien wie Flexibilität, hohe Professionalität, Unternehmergeist und Kosteneffizienz werden so als Argument benutzt, um bestimmte sozialstaatliche Aufgaben an NGO's zu delegieren und damit zu privatisieren.

8. Gender mainstreaming in der Strukturpolitik ist beispielsweise ein hervorragende Methode um frauenpolitische Initiativen und Projekte gegeneinander auszuspielen und in Konkurrenz zu bringen. Alle spekulieren auf EU-Fördermittel, jedes innovative Beschäftigungsprojekt steht im Wettbewerb mit anderen um die knappen Strukturfondsmittel. Einige gehen als Siegerinnen aus dem Wettbewerb hervor, bis ihnen dann nach zwei bis drei Jahren die Geldmittel, die ein dauerhaftes Überleben allein sichern könnten,

wieder entzogen werden. Insofern könnte frau / man zuspitzen, daß es sich bei "GM" weniger um die Förderung der Geschlechterdemokratie als um die Umfunktionierung des Widerstands gegen den Neoliberalismus europäischer Prägung in ein Konsensprojekt für die kapitalistische Modernisierung geht?

9. Weil die langandauernden Diskriminierungen der Frauen tief in marktlichen Strukturen, in ökonomischen Verwertungskalküls und männlichen Macht- und Segregationsinteressen verankert sind brauchen wir andere, stärkere Heransgehensweisen. als ein unverbindliches "Gender mainstreaming."

Wir brauchen gesetzlich verankerte starke Regelungen in Form von strikten Quoten, die den Betrieben genaue Zielvorgaben setzen und auch Sanktionsandrohungen enthalten. Das heißt wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, in der die Bundesregierung die Unternehmen verpflichtet, ausgehend von strukturellen Benachteiligungen der Frauen eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik zu entwickeln, die die Kernbereiche der Benachteiligung nicht gerade ausläßt.

10. Der GM - Ansatz enthält solche eindeutigen Festlegungen, Quotenregelungen und Auflagen nicht, sondern schiebt alle diese Fragen den Frauen an der Basis in den Betrieben und Verwaltungen zu, die nun sehen müssen wie sie mit diesem Handlungsansatz zu recht kommen. Verzichtet die Bundesregierung auf ein solches Gesetz, dann zieht sich der Sozialstaat faktisch aus der Verantwortung. Vor diesem Hintergrund darauf zu setzen, daß sich die Dinge in die richtige Richtung bewegen, weil doch alle inzwischen GM auf die Agenda gesetzt haben, verwischt m.E. die Fronten und schürt trügerische Illusionen. Ohne einen entscheidenden, auch öffentlichen bekundeten Willen der Regierung nun endgültig mit Lohn- und Gehaltsdiskriminierung Schluß zu machen, ohne verbindliche Quotenregelungen bei Ausbildung , bei Übernahmen, Aufstieg im Betrieb, bei Fort- und Weiterbildung und anderen Bereichen wird sich die berufliche Situation der Frauen nur im Zeitlupentempo verändern oder sogar wie in den neuen Bundesländern eher noch verschlechtern

Literatur

Schunter-Kleemann, S. Mainstreaming - die Geschlechterfrage und die Reform der europäischen Strukturpolitik, in : Zeitschrift für Frauenforschung 3 / 1998, 22-33.

Schunter-Kleemann, S.: Die Modernisierung patriarchaler Gewaltverhältnisse in: Regina Stötzel (Hrsg.) Ungleichheit als Projekt. Globalisierung - Standort - Neoliberalismus. Forum Wissenschaft Studien 43, Marburg 1998, 125- 142.

Schunter -Kleemann,S.: Europäische Geschlechterpolitik - tauglich für das 3. Jahrtausend ? in : Stolz-Willig, Brigitte/ Veil, Mechthild (Hrsg.) Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Es rettet uns kein höh´res Wesen...Hamburg 1999, 138- 167.

Schunter -Kleemann, S.: Mainstreaming as an Innovative Approach of the EU Policy of Equal Opportunities? Hochschule Bremen, University of Applied Sciences, Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung, Discussion papers 3 / 1999, 1- 30.

Schunter -Kleemann, S.: Gender mainstreaming als neoliberales Projekt ? in: Utopie Kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Oktober 1999, 41 -45.

Schunter -Kleemann, S. : ESF-Interventionen und Gender Mainstreaming in Deutschland. Einige methodologische und politische Überlegungen. in :Tagungsdokumentation "Chancen und Grenzen der Gleichstellungspolitik des Europäischen Sozialfonds in Österreich." Bundesministerium für Arbeit,Gesundheit und Soziales. Wien 1999, 13- 33.

Schunter-Kleemann, S. Gender mainstreaming as a strategy for modernising gender relations? in: Family issues between gender and generations. Seminar report. Sylvia Trnka (Ed.) European Commission, Directorate-General for Employment and Social Affairs and European Observatory on Family Matter, Luxembourg 2000., 79-85.

Schunter -Kleemann, S. Gender mainstreaming in der Arbeitsmarkt und Strukturpolitik- Methodologische und politische Überlegungen. in. Hochschule Bremen , WEFF- discussion Papers 4/ 2000.

Prof. Dr. Susanne Schunter - Kleemann

schunter@fbw.hs-bremen.de

Hochschule Bremen, Fachbereich Wirtschaft

28199 B r e m e n

Tel. 0421- 5905- 4140

Werderstrasse 73,

Fax. 0421 - 5905- 4131

Susanne Schunter-Kleemann, Prof. Dr. Studium der Soziologie, Politik und Philosophie in Marburg und Berlin. Seit 1976 Hochschullehrerin an der Hochschule Bremen, Fachbereich Wirtschaft. Mitbegründerin der Wissenschaftlichen Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen. Lehre in den Fächern Sozial-, Politik- und Arbeitswissenschaften. Mitglied des Sozialwissenschaftlichen Arbeitskreises für Arbeitsmarktforschung (SAMF); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu europäischer Arbeitsmarkt-, Geschlechter- und Sozialpolitik. Herausgeberin des Bandes "EG - Binnenmarkt - EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen? Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung an der Hochschule Bremen, Bremen 1990, 2. Aufl. ; und des Buches "Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat" Berlin 1992 (Edition Sigma), 2. Aufl.